

Neues aus dem Neckartal und aus der Region



DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf:
Die-linke-rottenburg.de

Januar 2026

Strompreise fallen für die Industrie – und für Privathaushalte? CDU-SPD-Regierung bricht weiteres Versprechen

Die Stadtwerke Rottenburg (SWR) haben angekündigt, die Strompreise für Privatkunden um 5,71 Cent/kWh auf 33,99 KWh zu senken, vorher waren es 39,7 Cent/ Kwh. Hinzu kommt der Grundpreis von 13,48 Euro. Die SWR versprechen bei einem Verbrauch von 3.500 KWh/ Haushalt eine Entlastung von rund 217 Euro im Jahr.

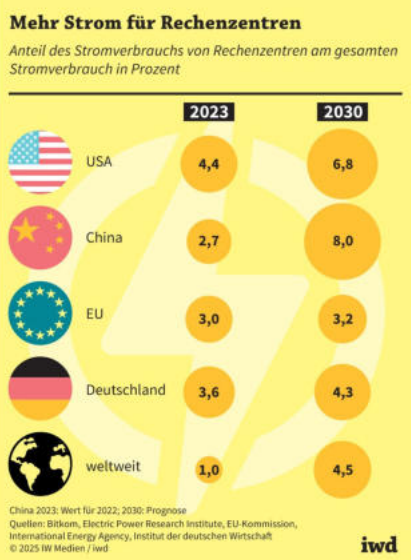
Fast gleichzeitig hat die Berliner Regierung jubiliert, dass der Strompreis für die Industrie auf 5 Cent/ KWh sinken wird, damit sie international wettbewerbsfähig ist. Subventionieren die Privatkunden also mit ihren relativ hohen Kosten die billigen Industriepreise?

Preiszusammensetzung

Grundsätzlich hat der Strompreis für Privathaushalte drei Bestandteile, die Erzeugerkosten (Einkauf von Strom: 40,5% des Strompreises), die Netzentgelte (Durchleitung und Messung des Stroms: 27,5%) und den großen Block Steuern, Umlagen und Abgaben (32%: Mehrwertsteuer, Stromsteuer, Konzessionsabgabe, Offshore-Netzumlage). Dabei ist die Grund-

gebühr eine feste Gebühr, unabhängig von der Höhe der Verbrauchs, der Arbeitspreis wird in Cent pro Kilowattstunde berechnet und ist von vielen Einflüssen abhängig, zum Beispiel von der Strombörse und Gesetzesänderungen.

So gibt die SWR an, dass der aktuelle Energiepreis für den Privatkunden 15,044 Cent/KWh beträgt und damit knapp die Hälfte des gesamten Arbeitspreises von 33,99 Cent/KWh ausmacht. Sowohl der Energiepreis wie auch die Netznutzungsentgelte haben sich verringert, dafür sind Kosten für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) und für Offshore-Umlagen (Zahlungen wegen möglicher Entschädigungen an Betreiber von Offshore-Windparks) deutlich gestiegen. Private Haushalte zahlen also nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch das Netzentgelt und die Kosten für die Infrastruktur der Stromleitungen.



>>>>>

Seite 3: Stuttgart 21

Seite 4: Genossenschaftsgründung in Hirrlingen

Seite 5: Gasförderung bei Insel Borkum



**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Subventionen des Bundes

Laut Handelsblatt wird der Bund die Strompreise 2026 mit fast 30 Milliarden Euro subventionieren. Die Stromsteuer wird um 3,9 Mrd. Euro sinken, der Industriestrompreis um 1,5 Mrd. Euro. Außerdem werden drei Mrd. Euro als „Strompreiskompensation“ für rund 340 Unternehmen eingesetzt. Durch einen Zuschuss der Bundesregierung von 6,5 Mrd. Euro für die Netzbetreiber RWE (Stromerzeugung) und Eon (Transport Strom und Gas) sinken Netzentgelte – Weitergabe an Privatkunden ungewiss. Trotzdem rechnet RWE für 2026 mit einem Gewinn von über fünf Milliarden Euro, Eon mit knapp 10 Milliarden. Ein höherer CO2-Preis führt bei fossilen Energien (Gas, Kohle usw.) zu einer Erhöhung, da die Zertifikate mit einer Preisspanne von 55 bis 65 Euro pro Tonne CO2 versteigert werden. Vorher lag der feste Preis bei 45 Euro/ Tonne. Die staatlich festgelegten Kosten der KWKG-Umlage steigen um etwa 61% auf 0,446 Cent/KWh. Verglichen mit 2021 hat sich die Offshore-Umlage mit 0,82 Cent/KWh mehr als verdoppelt.

Stromabschaltungen

Die Cent-Beträge scheinen klein und nicht viel in der Jahresrechnung auszumachen. Aber das täuscht, wie man an den vielen Stromabschaltungen sehen kann. 2022 erlebten 235.000 Haushalte eine Stromsperre, nachdem dies über vier Millionen Privatkunden angedroht worden war. Bei Gaskunden gab es eine Million Androhungen, aber „nur“ 27.000 Abschaltungen. Nach zahlreichen öffentlichen Protesten und Gerichtsurteilen führte die Bundesnetzagentur ab Januar 2024 neue Regelungen ein. Sie sehen eine dauerhafte Mindestleistung von 4,2 KWh für alle Haushalte und Betriebe vor. Grundsätzlich darf eine Stromsperre nicht vollzogen werden, wenn dadurch die Versorgung von Kleinkindern oder pflegebedürftigen Personen gefährdet wäre. Eine mögliche Stromsperre muss mindestens vier Wochen vom Lieferanten angekündigt werden, er muss eine Zahlungsvereinbarung z.B. Ratenzahlung für die Stromschulden anbieten.

CDU JETZT TEAM HABECK?

Als Robert Habeck (Grüne) vor ein paar Jahren einen günstigeren Industriestrompreis wollte, war die Union dagegen.

CDU 2023	CDU heute
Carsten Linnemann „Wir halten es (...) für falsch, die Strompreise nur für die Großindustrie zu senken“ ¹	Katherina Reiche „Ich gehe davon aus, dass wir den Industriestrompreis (...) 2026 einführen...“ ²
<small>CDU-Generalsekretär</small>	<small>Bundeswirtschaftsministerin, CDU</small>

Quelle: ¹Interview für Trend-Magazin, Ausgabe 4/2023, ²Pressestatement am 03.11.2025

M monitor

Entlastung der Privathaushalte

Offensichtlich erhält die Industrie (Chemie, Stahl, Automobil) Milliarden an Ermäßigung bei direkter Preissenkung, „Kompensationszahlungen“ und Netzausbau, während die Privatkunden mit Feigenblatt-Beträgen ruhig gestellt werden sollen. Wie bei den großen Preissteigerungen für Grundnahrungsmitteln leiden die unteren Einkommenschichten besonders unter hohen Energiepreisen. Deshalb müssen sie effektiv entlastet werden durch einen festen Niedrigpreis für den Grundbedarf pro Person. Die Ausbaurkosten für Stromtrassen müssen die Großverbraucher in der Industrie tragen und dürfen nicht auf die Privatkunden abgewälzt werden.

Emanuel Peter

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Stuttgart 21 – Eröffnung erneut verschoben

Bahnchefin Palla schaltet sich ein

Noch im Juli 2025 war eine Teileröffnung im Dezember 2026 geplant, wobei ein Teil des Regionalverkehrs bis Juli 2027 weiter im oberirdischen Kopfbahnhof enden sollte. Doch nun wurde auch dieser Termin gecancelt.

Wegen dieser Verzögerungen hat nun die neue Bahn-Chefin Evelyn Palla eine interne Revision angekündigt. „Wichtig ist jetzt, dass wir wirklich lückenlos die Gründe aufklären, warum diese Verschiebung erneut erfolgen muss“, so Palla. „In den nächsten Wochen werden wir analysieren, was wir insbesondere auch beim Projektmanagement anders machen müssen als in der Vergangenheit.“ Zudem soll auch die Leistungsfähigkeit des am Projekt beteiligten japanischen Dienstleisters Hitachi überprüft werden, der für die Digitalisierung zuständig ist. Die Prüfung werde einige Zeit in Anspruch nehmen. „Da wird kein

Stein auf dem anderen bleiben“, so Palla weiter.

Einen neuen Eröff-



nungstermin wollte Palla zunächst nicht nennen, der solle aber bis Sommer 2026 stehen: „Wichtig ist, dass wir jetzt keinen Schnellschuss machen“. Lange wurde um einen Termin für das nächste Treffen des S21-Lenkungskreises unter Teilnahme von Palla gerungen, der schließlich am 15. Dezember stattfand.

Aber außer dem Sündenbock „Digitalisierung“ gibt es wohl noch weitere Gründe, warum die Eröffnung erneut abgesagt wurde. So ist von zu hoher Arbeitsbelastung von Bahn-Mitarbeitenden die Rede, aber auch von anderen Arbeiten, die nicht fertig werden, wie z. B. Arbeiten an der Bahnhofshalle, an den Brandschutzanlagen, in den Tunneln und an den Bahnsteigen, so ein Insider. Dass aber die Digitalisierung zu großen Problemen führt, gilt weitestgehend als unstrittig.

In den Besuch von Palla wurden einerseits große Hoffnungen gesetzt, es kam aber auch zu Enttäuschungen. Bei den Projektbefürwortern weckte sie die Hoffnung, dass alles so weitergehen könne, wenn erstmal Inventur gemacht wäre. Bei den Projektgegnern löste Palla mit ihren Ankündigungen, alles auf links zu drehen und keinen Stein auf dem anderen zu lassen, die Erwartung aus, dass jetzt endlich Schluss sein würde mit Lügen und Faktenignoranz, dass jetzt endlich alles auf den Tisch käme über die Realität des Projekts.

Was Frau Palla dann in der abschließenden Pressekonferenz sagte, war alles andere als couragiert. Das Aktionsbündnis zeigte sich enttäuscht und bezeichnet ihr Konzept des großen Aufräumens als zu kurz gesprungen.

Palla bleibt nach ihrem Auftritt im Lenkungskreis S21-politisch eine Sphinx. Wenn sie Stuttgart 21 „das beeindruckendste Bahnprojekt, das es auf der ganzen Welt gibt“,

nennt und sich Wunderwirkungen von der Digitalisierung verspricht, erweckt das den Eindruck, sie stecke tief im Lager ihrer ewiggestrigen Projektpartner, die sich von solchen Äußerungen sichtbar gebauchpinselt fühlen. Oder Palla ist oberclever und weiß, dass sie allein gegen den männerbündischen Widerstand der alten Garde nicht ankommt, sondern nur irgendwie mit ihnen wirklich etwas ändern kann. Deshalb kommt es auf das Durchhalten und weiteres Druckmachen an. Palla gilt es beim Wort zu nehmen. Sie abzuschreiben, ist noch nicht angesagt.

Was sonst noch geschah:

Bürgerbegehren offenbar gescheitert, aber...

Wie bereits berichtet, wurde das Quorum zur Durchführung des Bürgerbegehrens, bei dem es um die Bebauung des Rosensteinviertels (A2-Areal) geht, knapp verfehlt. Von den erforderlichen 20.000 Unterschriften fehlten lediglich 165. Offensichtlich sorgte das Statistische Amt für Transparenz, um darzulegen, wie die Prüfung ablief und warum Unterschriften als ungültig bewertet wurden. Demnach gibt es trotz des knappen Ergebnisses keinerlei Hinweise oder gar Beweise für eine manipulative Bewertung von Unterschriften durch das Statistische Amt. Es kann also sein, dass die veröffentlichten Zahlen stimmen.

Wird nun das Bürgerbegehren vom Gemeinderat als unzulässig zurückgewiesen, was zu erwarten ist, kann jede Person, die unterzeichnet hat, Widerspruch erheben und vom Regierungspräsidium die Überprüfung der ungültigen Stimmen verlangen.

Falls das Regierungspräsidium den Widerspruch zurückweist – und das kann dauern – kann Klage beim Verwaltungsgericht Stuttgart erhoben werden. Solche Klagen können viel Geld kosten und lange dauern.

Nach juristischer Beratung stellt sich die Lage allerdings ernüchternd dar:

Bürger selbst haben wohl keinerlei Einsichtsrecht in die Unterschriftenlisten, auch nicht durch etwaige Klagen. Das bedeutet, dass ein Bürgerentscheid parallel zur Landtagswahl am 8. März so gut wie ausgeschlossen ist. Keine aufschiebende Wirkung, keine Chance auf ein schnelles Verfahren.

Auch ein offenbar gescheitertes Bürgerbegehren hat trotzdem einen positiven Effekt, denn die Problematik von S21 wurde in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt, und auch die Medien gaben ihre einseitige Berichterstattung auf. Anstelle Kraft und Energie in jahrelange Gerichtsverfahren zu verschwenden, soll nun weiterhin Druck ausgeübt werden – öffentlich, politisch und gemeinsam, gerade jetzt, wo der verschobene Eröffnungstermin das Projekt in neue Turbulenzen stürzt. Die 19.835 nachgewiesenen gültigen Unterschriften sind also keinesfalls vergebens!

Auch wir unterstützen diese Vorgehensweise, bleiben weiter am Ball und wollen vor allem

OBN BLEIBEN!

Gastbeitrag: Jürgen Hückstedt

„Würde“ ist nur noch ein Konjunktiv

Im europäischen Asylsystem treibt Deutschland die Entrechtung Flüchtender auf die Spitze

Menschen, die in Europa Schutz suchen, werden an den Grenzen eingesperrt, Kinder und verletzte Menschen eingeschlossen. Nach einer ersten Auslese werden viele von ihnen direkt wieder abgeschoben, einen Asylantrag dürfen sie gar nicht erst stellen. Für die Übrigen haben die Behörden mindestens 12 Wochen Zeit, Gründe für Ablehnung zu finden. Bis es dann zur Abschiebung kommt, bleiben die Menschen bis zu 2 Jahren inhaftiert, oft außerhalb Europas. Das ist kein Horrorszenario rechtsradikaler Remigrationsphantasten, sondern soll vom kommenden Sommer an geltendes EU-Recht werden. Deutschland setzt die neuen Bestimmungen gerade in nationales Recht um – und treibt die Entrechtung der Schutzsuchenden dabei weiter, als von Brüssel vorgegeben.

Die Länder an den Außengrenzen wurden bislang mit den Ankommenden allein gelassen. Viele EU-Staaten – hier ist besonders Ungarn berüchtigt – verweigern jede Beteiligung an Asylverfahren, nur wenige Länder übernehmen wenigstens einen Teil der Arbeit (dazu gehörte bislang Deutschland). Seit 2015 wird deshalb über eine Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) verhandelt. Im April 2024 wurde die Reform verabschiedet. Das wurde erst möglich, nachdem Deutschlands grüne Außenministerin umgefallen war. Das Ergebnis ist für alle Schutzsuchenden ein Alptraum. Wie wichtigsten Elemente:

Schnelle Selektion an der Grenze

Wer die EU-Außengrenze irregulär (Politiker machen daraus: „illegal“) überschreitet, kommt direkt in ein Lager, das nicht verlassen werden darf. Dafür werden 30.000 Haftplätze an den Grenzen bereitgestellt. Dort werden die Menschen identifiziert, Fingerabdrücke genommen, Gesundheitszustand und Sicherheitsrisiken festgestellt. Das soll innerhalb einer Woche geschehen – danach geht es entweder in das sogenannte „Grenzverfahren“ oder in ein Asylverfahren.

Das „Grenzverfahren“ findet mit einem juristischen Trick statt, der „Fiktion der Nichteinreise“. Dabei wird so getan, als befänden die Menschen sich nicht auf europäischem Boden. Untergebracht in einer Haftanstalt, soll innerhalb von 12 Wochen geprüft werden, ob ein Recht auf ein Asylverfahren besteht. Wohlgemerkt: Es wird kein Asylantrag geprüft, sondern nur, ob der Geflüchtete überhaupt berechtigt ist, einen Antrag zu stellen.

Als nicht berechtigt gilt, wer über ein Land einreist, in der er sie schon einen Asylantrag hätte stellen können oder das als „sicheres Drittland“ eingestuft ist. Aber auch, wer z.B. keine Dokumente vorweisen kann, gilt als nicht berechtigt. Abgelehnt werden auch alle Menschen aus Ländern, bei denen die europaweite Anerkennung in Asylverfahren unter 20 Prozent liegt. Die Konsequenz: Ab ins „Rückführungsverfahren“ – die Menschen sollen abgeschoben werden in das Land, aus dem sie eingereist sind. Rechtsmittel dagegen gibt es praktisch nicht.

„Solidarische“ Asylverfahren

Für das Asylverfahren bleibt weiterhin das Einreiseland zuständig – das Überlastungsproblem besonders der Mittelmeer-Anrainerstaaten bleibt also ungelöst. Sie können aber andere EU-Staaten um Hilfe bitten – 3000 Antragsteller:innen sollen

jährlich verteilt werden. Staaten, die sich weigern, können sich mit Geld oder Sachleistungen von dieser Solidarität freikaufen.

Wer keinen Schutzstatus erhält, wird abgeschoben – man nennt das beschönigend „Rückführung“. Wer ausreisepflichtig ist, muss an seiner Ausreise mitwirken und kann bis dahin bis zu 24 Monate inhaftiert werden. Solche Abschiebelager sollen auch in Staaten außerhalb der EU eingerichtet werden – wie es modellhaft bereits mit Albanien (durch Italien) und Ruanda (durch UK) versucht wurde, bislang erfolglos. Auch dafür sollen 30.000 Plätze zur Verfügung stehen.

„Sicherheit“ nach Gusto

Neu ist auch, dass die EU-Staaten per einfacher Verordnung, also ohne Parlamentsbeschluss, Staaten zu „sicheren Ländern“ erklären können. Wer aus einem solchen Land kommt, kann damit ungeprüft abgeschoben werden. Damit werden die bislang illegalen Pushbacks z.B. Griechenlands in die Türkei oder Italiens nach Tunesien – ein Land, das Migranten in Busse pfercht und in der Wüste aussetzt – mit einem Mal gesetzeskonform.

Es ist offensichtlich: Die Not der Menschen auf der Flucht spielt in diesem System keine Rolle (und wird auch nirgendwo erwähnt). Im Gegenteil – sie werden in Haft genommen (die Regelungen versuchen, diesen Begriff zu vermeiden) und damit ohne richterliches Urteil zu Kriminellen erklärt. Denn in Haft dürfen nur Straftäter gesteckt werden, aber nicht Menschen, die lediglich ihr (auf dem Papier weiterhin) gesetzlich verbrieftes Recht wahrnehmen, in der EU Schutz zu suchen.

Deutschland, die grausame Spitze

Das Bundeskabinett hat jetzt ein Gesetz beschlossen, das die EU-Regeln in nationales Recht umsetzt – „im Wesentlichen eins zu eins“, wie Innenminister Dobrindt betont. Das „Unwesentliche“ in diesem Gesetz sind Verschärfungen, die nach den EU-Regeln nicht nötig sind. Dazu gehört die Einstufung „sicherer Drittstaaten und Herkunftsländer“ per einfacher Rechtsverordnung, also nach Belieben. Außerdem weitere Regelungen „zur Beschränkung der Bewegungsfreiheit sowie Haft“, Einschränkungen von Leistungen (die es nur noch geben soll, wenn sich ein Asylbewerber in der zugewiesenen Aufnahmeeinrichtung aufhält), dauerhafte Arbeitsverbote für Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ oder Überstellungen aus anderen EU-Ländern.

Und ganz neu: Deutschland will

„Sekundärmigrationszentren“ einrichten. Das sind zusätzliche Gefängnisse, in denen Menschen inhaftiert werden, die bereits in einem anderen EU-Land Schutz gesucht haben... Menschenwürde? Kommt in diesen Gesetzen leider nicht vor.

(Gastbeitrag: Der Autor Friedhold Ulonska ist seit 10 Jahren als Kapitän in der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer aktiv, vor allem für die Organisation RESQSHIP e.V. (www.RESQSHIP.org). Kontakt über Email: Friedhold@RESQSHIP.org.)

Blamable Haushaltsberatungen im Kreistag und in der Stadt

Großer Protest gegen den „Sparappell“ von vier Oberbürgermeistern

Statt die Landes- und Bundesregierung aufzufordern, für die Kreis- und Gemeindehaushalte auskömmliche Finanzen bereitzustellen („Wer bestellt, der bezahlt“ - Konnexitätsprinzip), damit sie die Kosten auch für die neuen Pflichtaufgaben zahlen können, beugten sich fast alle Kreis- und Stadträte den Sparappellen. Im Kreistag verzichteten die meisten Fraktionen auf eigene Haushaltsanträge. Die Grünen schossen den Vogel ab: Landrat Bednarz (SPD) schlug Kosten für Personal von 4,8 Mio. Euro vor, doch die Grünen wollten ihn im Wettbewerb um den höchsten sozialen Kahlschlag übertreffen und forderten weitere „globale Minderausgaben“, d.h. mit dem Rasenmäher in allen Bereichen eine Million bei Personal und sonstigen Sach- und Dienstleistungen. Nachdem die Grünen ihren Antrag auf eine Mio. Euro Kürzung bei der Eingliederungsbeihilfe für Menschen mit Behinderung zuerst zurückgezogen hatten, brachte ihn Claudia Platzwahl als Einzelperson ein – mit der Mehrheit von CDU, FWV, FDP und AfD fand er eine Mehrheit!

Die Anträge der Linken für die Absenkung der Kosten für Schülerfahrkarten, die Übernahme der Krankenversicherung für Geflüchtete und die Einführung eines Kreissozialtickets wurden alle abgeschmettert. Markus Vogt (Die Partei) und Klaus Weber (Bunte Liste) enthielten, die Linke stimmte diesem Haushalt nicht zu. In Rottenburg gab es für den Haushalt nur einer Enthaltung von der FAIR. Alle anderen Fraktionen stimmten ohne große Diskussion zu. Schließlich hatten sie schon hinter geschlossenen Türen in einer nicht-öffentlichen Klausurtagung des Gemeinderats im Sommer alles in „trockene Tücher“ gebracht. Auf Antrag der Grünen wurden die Gelder für den Bürgertopf eingefroren und sämtliche Anträge aus den Ortsteilen abgeschmettert.

So werden die Haushaltsberatungen, das Königsrechts des Gemeinderats, zu einer reinen Farce und verstärken den Eindruck, dass die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung keine Rolle spielen.

OBs: „Überzogene Standards“

Eine große Koalition auf CDU (Richard Arnold, Schwäbisch Gmünd), SPD (Matthias Klopfer, Esslingen), parteilose OBs (Matthias Knecht, Ludwigsburg) und (Boris Palmer, Tübingen) rief mit ihrer Forderung nach drastischen Kürzungen durch „überzogene Standards“ in der Kinderbetreuung, Inklusion von behinderten Menschen und in der Pflege einen wütenden Protest in Leserbriefen und Beschäftigten hervor. Palmer profilierte sich mit seiner weltfremden Aussage, behinderte Menschen erhielten „ganztagig“ einen Betreuer an ihre Seite – die Inklusion sei komplett gescheitert. Esslingens OB Klopfer (SPD) forderte, man müsse weg von den Gold- und Platinrahmen in den Kitas, es ginge auch schlechter! Die Tübinger Vorsitzende des Gesamtelternbeirats Kitas hielt dagegen, dass jedes Mal bei den Kürzungen die Eltern zahlen müssten: „Genau die Eltern, die mit ihrer Erwerbsarbeit die Grundlage für Wirtschaft, Fachkräfte und kommunale Einnahmen sichern, werden immer wieder zusätzlich belastet. Wer Kinderbetreuung verteuert, bestraft ausgerechnet jene Familien, die Arbeit und Familie vereinbaren und damit das System am Laufen halten.“

Dieser ermutigende Protest, der im Unterschied zu den vier gut bezahlten OBs auf Lebenserfahrung beruht, sollte von mehr Eltern und Erziehungskräften im Ländle aufgegriffen werden. Wir brauchen mehr Personal, Ausbildungsstellen, angemessene Bezahlung und gebührenfreie Kitas!

Kurz und bündig!

Sozialamt Altona zieht Flaschenpfand von Sozialhilfe ab

58,25 Euro wurden einem Rentner in Hamburg-Altona von seiner Grundsicherung abgezogen, wie das Straßenmagazin „Hinz und Kuntz“ in seiner Januarausgabe berichtete. Auch bei einem anderen Rentner wurden im Oktober 11,75 Euro abgezogen. Mit Unterstützung der Hamburger Sozialbehörde rechtfertigte das Bezirksamt Altona dieses skandalöse Vorgehen damit, dass es bei der Berechnung alle angegebenen Einnahmen berücksichtigen müsse und keine Ausnahmen vorgesehen seien. Dagegen antwortete das Bundessozialministerium (BMAS) auf Nachfrage von „Hinz-und-Kuntz“, dass Kleinstbeträge aus dem Flaschensammeln nach der Rechtssprechung vollständig anrechnungsfrei seien. Kleinbeträge aus dem Flaschensammeln seien in der Regel nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Offensichtlich besitzt das reiche Hamburg als Stadt mit seinen vielen Multimillionären sehr viele Scharfmacher in seinen Behörden.

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Rottenburg: Höchstens 30 – für die ganze Stadt

Ideen für die städtische Verkehrsführung

Im Stadtgebiet Rottenburg gilt fast überall Tempo 30. Das ist gut so. Die Wahrscheinlichkeit, als Fußgänger*in einer Konfrontation mit einem Auto zu überleben, ist bei 30 km/h *mindestens* doppelt so hoch wie bei 50 km/h. Und sowieso ist es um einiges einfacher, Kollisionen bei niedriger Geschwindigkeit durch rechtzeitiges Abbremsen ganz zu vermeiden. Hinzu kommt, dass es bei Tempo 30 natürlich um einiges weniger laut zugeht als bei 50 – vor allem auch bergauf. Und doch gibt es in Rottenburg noch stellenweise 50er-Zonen – und dann auch noch gerade da, wo sie am wenigsten Sinn machen.



Ein Beispiel: Fahren wir die Schadenweilerstraße vom Orts-schild mit Tempo 50 an Wohngebieten vorbei Richtung Stadt hinunter. Wir bemerken kurz vor dem Kindergarten ein 30er Schild. Bis wir unsere Geschwindigkeit reduziert haben, sind wir aber wahrscheinlich schon an diesem vorbeigezogen und bewegen uns, in dann angemessener Geschwindigkeit, auf einen Zebrastreifen zu. Keine fünf Meter vor diesem Zebrastreifen werden wir nun nicht nur vor dem Bahnübergang gewarnt, sondern auch darauf

hingewiesen, dass die kurze 30er-Zone hier endet. Wir dürfen also ausgerechnet hier wieder beschleunigen und biegen mit 50 Sachen über Fußgängerüberweg und Bahngleise scharf rechts auf die Poststraße ein, wobei wir höllisch aufpassen müssen auf die zwei wenig übersichtlichen Zebrastreifen und das Gewusel von Bussen, Rad-fahrenden und Fußgänger*innen am Bahnhof, um keinen Schaden anzurichten.

Nach geltendem Verkehrsrecht dürfen wir das eigentlich nicht, sondern müssen mit „angemessener Geschwindigkeit“ fahren. Aber die Fähigkeit und Bereitschaft hierzu ist bekanntlich bei Verkehrsteilnehmenden unterschiedlich stark ausgeprägt. Und so werden auch auf den Überwegen der Poststraße immer wieder Menschen angefahren. Wollen wir hier wirklich auf den ersten tödlichen Unfall warten, bevor etwas geändert wird?

Und überhaupt: Wäre es auf solchen Abschnitten nicht auch für Autofahrende angenehmer und entspannter, sich bei durchgehendem Tempo 30 nur auf den Verkehr und nicht auch noch auf wechselnde Geschwindigkeitsbegrenzungen konzentrieren zu müssen? Den Schilderwald zu lichten, würde wenig kosten und vieles einfacher machen.

Aber führt eine Abschaffung der 50er-Zonen nicht zu Zeitverlusten beim Einkaufen in der Stadt und im Berufsverkehr? Sehen wir einmal davon ab, dass wechselnde Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht eben förderlich für einen guten Verkehrsfluss sind. Der Zeitgewinn für die geschilderte Strecke (gerade einmal 500 Meter) beträgt ganze 24 Sekunden! Und das nur, wenn wir das Gebot der Angemessenheit fahren lassen und weder auf Zebrastreifen noch auf Abbiegungen und Bushaltestellen achten.

Wie man's dreht und wendet – es ist schwer, Argumente für den Erhalt der verbleibenden 50er Zonen zu finden. Es wird Zeit, dass sie abgeschafft werden. Nirgends im Stadtgebiet sollte schneller als 30 Stundenkilometer gefahren werden dürfen!

Matthias Zick Varul

Kurz und bündig!

Inselbewohner von Pari setzen Prozess gegen Holcim durch

Hier eine gute Meldung: Die indonesische Insel Pari wird immer häufiger von Überschwemmungen heimgesucht. Jetzt haben Bewohner erstmals vor einem Gericht vor dem Kantonsgericht Zug einen Prozess gegen den Schweizer Zementriesen Holcim wegen seines großen CO₂-Ausstoßes durchgesetzt. Sie werden von der Evangelisch-reformierten Kirche der Schweiz dabei unterstützt (Tagesschau, 22.12.25). Die Bewohner verlangen, dass Holcim, einer der weltweit größten CO₂-Emittenten, seinen Ausstoß verringert und auf der Insel nötige Klimaanpassungsprojekte finanziert. Außerdem verlangen sie 15.000 Euro Schadensersatz, weniger als der frühere Stundenlohn (!) von Jan Jenisch, Holcim-Konzernchef bis 2025.

Vielen Menschen in Dotternhausen ist Holcim als rücksichtsloser Konzern bekannt, der jahrelang die Forderung der Einwohner nach Einbau einer modernen Abgasanlage zur Verminderung der ungefilterten Giftmüllabgase, die über die Schwäbische Alb über Tübingen und Reutlingen zogen, verweigerte.

Gewissenlose Chemieproduktion von Solvay in Bad Wimpfen

Wirrwarr um Mess- und Grenzwerte

Der einzige Produzent in Europa des extrem starken Treibhausgases Schwefelhexafluorid (SF 6) produzierte statt der von ihm 2023 angegebenen 56 Kilogramm wahrscheinlich 30 Tonnen davon, also 535mal so viel. SF 6 ist 24.000mal schädlicher als CO2. Herausgefunden haben die falschen Konzern-Angaben weder das Umweltministerium in Stuttgart noch das Regierungspräsidium, beide von den Grünen geführt. Entdeckt wurde der Skandal vom Frankfurter Atmosphärenwissenschaftler Engel bereits Mitte 2023, also vor zweieinhalb Jahren, und die Firma konnte ungehindert weitermachen. Dafür nutzte sie nicht nur die fehlende Stuttgarter Kontrolle, sondern auch große Gesetzeslücken. Nach dem Bundesemissionsschutzgesetz dürfen Firmen ihre (schädlichen!) Emissionen selbst messen, nur deren Plausibilität wird dann geprüft. Regierungspräsidentin Bay (Grüne) hielt Solvays Angaben für plausibel!

Zweite Gesetzeslücke ist, dass es für das extrem umweltschädliche SF 6 keinen speziellen Grenzwert gibt, sondern nur einen Summengrenzwert mit anderen gasförmigen Fluorverbindungen. Laut Bay

war in den Unternehmensberichten nicht erkennbar, ob SF6 überhaupt mitgemessen wurde. Dahinter hat sich die Firma offensichtlich versteckt. Jetzt wurde Solvay vor einem Monat angewiesen, die jahrelang gültigen Anordnungen des Umweltministeriums endlich einzuhalten. Also schaltete man jetzt ein externes Mess-Institut ein und handelte mit der Firma einen Vertrag für fünf Monate aus, so dass die Produktion mit den Höchstgrenzen für die Emission weiterlaufen darf.

Außerdem wurde bekannt, dass Solvay seit vielen Jahren die so genannte Ewigkeitschemikalie Trifluoracetat (TFA) in den Neckar eingeleitet hat. Nach Ermahnungen des Umweltministeriums hat die Firma mit Hauptsitz in Hannover den Eintrag inzwischen um 90 Prozent gesenkt.

Offensichtlich ist es aber so, dass in all diesen Fällen Profite vor den Schäden an Mensch und Natur Vorrang haben und die Gesetze Riesenlücken haben und uns nicht vor solchen Machenschaften schützen. Wie lange wollen die Grünen in der Regierung noch weiterschlafen?

Solidarität mit der Roten Hilfe!

Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass der Roten Hilfe, einer strömungsübergreifenden linken Solidaritätsorganisation, durch die GLS Bank und die Sparkasse Göttingen alle Bankkonten gekündigt wurden. Auch der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) und dem Anarchist Black Cross wurden Bankkonten aufgekündigt.

Als Bündnis Gemeinsam & Solidarisch gegen Rechts Reutlingen und Tübingen erklären wir unsere Solidarität mit der Roten Hilfe und allen anderen linken Organisationen, die von Debanking betroffen sind!

Die Rote Hilfe geht davon aus, dass dieses Debanking eine Reaktion auf die Einstufung der „Antifa Ost“ als ausländische Terrororganisation in den USA ist – aus Angst vor möglichen negativen Folgen für die Banken; also vorauseilender Gehorsam einem rechten autoritären Staat gegenüber, der linke und fortschrittliche Organisationen unter Beschuss stellt. Debanking ist also keine neutrale Entscheidung der Banken, sondern politisches Machtmittel und Repression.

Repression gegen Antifaschist:innen und Linke nimmt auch hier in Deutschland stetig zu. Das spüren wir und unsere Bündnispartner:innen bei Demonstrationen und Protesten selbst & das sehen wir an den zahlreichen Verfahren, die aktuell gegen Antifaschist:innen laufen. Nicht nur in Deutschland, sondern z.B. auch in Österreich, Ungarn und Italien. Das ist auch Ausdruck des Rechtsrucks, der sich in ganz Europa und darüber hinaus vollzieht. Umso wichtiger und unterstützenswert ist die Arbeit der Roten Hilfe, die Betroffene berät, finanziell unterstützt und Solidarität organisiert.

Gemeinsam können wir den Versuchen, die linke und antifaschistische Bewegung kleinzumachen, standhalten. Wir stehen Seite an Seite mit allen, die sich weiter für eine offene, solidarische Gesellschaft einsetzen!

Ihr wollt unterstützen?

Dann werdet Mitglied der Roten Hilfe und spendet, damit die Arbeit weitergehen kann! Die Pressemitteilung findet ihr auf der Website der Roten Hilfe: <https://rote-hilfe.de/meldungen/kontokuendung-wegen-antifa-banken-vollstrecken-us-politik-deutschland>

Ungelöste Schulprobleme durch falsche Prioritäten

Die Stimmung an den Schulen verschlechtert sich

Mit frischem Schwung ins neue Kalenderjahr 2026, so würden es sich viele Lehrerinnen und Lehrer wünschen. Doch die Realität sieht leider anders und das meist egal, von welcher Schulform wir sprechen. Wenn man sich umhört, wie es um das Befinden von Lehrkräften steht, bekommt man meist dieselbe Antwort, sehr schlecht! Aber warum ist das so, wo liegen die Probleme und wie kann man ihnen begegnen oder sie gar lösen?

Die Hauptprobleme liegen zum größten Teil am eklatanten (und leider hausgemachten) Lehrermangel. Die daher gehenden Folgen sind gravierend, die Unterrichtsversorgung ist nicht mehr gewährleistet, die Qualität sinkt, viele Lehrkräfte erbringen unglaublich viel Mehrarbeit und dann, spätestens, bricht das Kartenhaus ein. Es entstehen noch größere Unterrichtslücken und das sowieso schon zu kleine Kollegium kann den Schulalltag nicht mehr gewährleisten. An den meisten Schulen bedeutet das gravierender Unterrichtsausfall, Schülerinnen und Schüler müssen privat Mehrarbeit leisten und dazu die (Mehr-) Belastung für die Eltern und Erziehungsberechtigten. Noch größer wird das Problem an Schulen mit speziellem Förderbedarf. Dort erbringen die Lehrkräfte schon viel Arbeit außerhalb des Unterrichts, die nicht mehr aufgefangen werden kann. Viele dieser Arbeiten, wie zum Beispiel pflegerische Tätigkeiten, müssen junge Menschen des Bundesfreiwilligendienstes leisten.

Mangelnde Förderung

Aber auch die dringend benötigte **individuelle** Förderung ist massiv beeinträchtigt. Geistige Beeinträchtigung, Körperlich-Motorische Beeinträchtigung oder die Sozial-Emotionale Förderung benötigt Fachpersonal, Kontinuität, Fürsorge und Geduld. All diese Hilfestellungen brechen mit dem akuten Lehrermangel ein und trotz allem kommt aus der Landesregierung nichts, gar nichts. Und das schon seit Jahren, ohne die tausende von „vergessenen“ Lehrerstellen miteinzubeziehen. Es werden weder genug Studienplätze bereitgestellt, schlimmer noch, es wird regelrecht an der Unattraktivität des Lehrberufes gearbeitet. Die Mehrarbeit steigt kontinuierlich durch das wenige Personal (auch für Hauswirtschaftskräfte, Schulbegleitungen, vor allem Schulleitungen oder FSJ und BfD'er), die Lehrpläne werden nach Belieben geändert und Stunden verschoben und oder auferlegt. Die Möglichkeiten und Flexibilität von Lehrkräften werden eingeschränkt, aber der Anspruch und die verschiedenen Tätigkeiten steigen andauernd. Einen Ganztagesbetrieb aufrecht zu erhalten, ist vieler Orts nicht mehr möglich oder war lange Zeit nicht gewährleistet (z.B. in Tübingen). In den Förderschulen wird in der Regel oft mehr als eine Lehrkraft pro Klasse benötigt, alles was aufgrund von Krankheit wegfällt, muss im laufenden Betrieb aufrechterhalten werden. Dies geschieht meist durch die einzig verbliebene Lehrkraft.

Viele Raumprobleme

Doch die schulpolitischen Probleme gehen noch weiter, die Schulqualität und auch der Anspruch darauf sind durch einen weiteren Punkt sehr gefährdet. Es gibt massiven Raummangel an den Schulen. Die Planung, Instandhaltung oder nur Verteilung von Personal und Geldern läuft falsch oder gefühlt gar nicht. Seit Jahren werden Schülerinnen und Schüler teils in

Containern unterrichtet, oft außerhalb der eigentlichen Schule und Schulwege bzw. Arbeitswege werden länger. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei der Förderung und Planung mit Kindergärten. Der Lindenschulkindergarten darf innerhalb von drei Jahren, aus der Leipziger Straße, in die Sprollstraße und zum Abschluss in die Klausenstraße ziehen. Das alles, obwohl geplant war, den Kindergarten an der neuen Hohenbergschule anzusiedeln. Das Ergebnis nach dem (Neu)Bau: kein Platz, die Stadt Rottenburg würde eine Lösung finden. Die Lösung bedeutet ein Umzugshopping für eine Kindergartengruppe von Kindern mit geistiger Beeinträchtigung. Doch wer kümmert sich dann um den Umzug in die neuen Räumlichkeiten? Na, das eigene Personal, vom Hausmeister bis zur Schulleitung wird unterstützt, damit der Umzug noch rechtzeitig fertig wird und der Alltagsbetrieb wieder gewährleistet werden kann. Auch über unsere Landkreisgrenze hinaus gibt es diese Probleme, in Sigmaringen muss zum Beispiel eine Berufsschulstufe ausgelagert werden. Ein Großteil kommt in einem schicken Neubau unter und für den Rest es keinen Platz gibt, der muss in ein schon vom Schulbetrieb eingestelltes Gebäude umziehen. Ruine oder Neubau, das ist in unserer Schulpolitik oft eine Glückssache.

Folgeschäden

All diese Probleme sind nicht einzelnen Behörden oder Personen zuzuschreiben, schlimmer ist es, dass weggesehen wird oder die falschen Prioritäten gesetzt werden. Es gibt gefühlt keine Lobby für Schülerinnen und Schüler, es gibt das Lehrpersonal und die Erziehungsberechtigten, die versuchen, für ihre Interessen zu kämpfen. Aber es geht hier nicht direkt um mehr Geld für Lehrerinnen und Lehrer oder für ein neuen Umgang mit Handys an Schulen oder irgendwelche Elterntaxis. Es geht hier um die Zukunft, die Zukunft von uns allen. Denn durch dieses Wegsehen, Ignorieren oder falsches Priorisieren entstehen Folgeschäden für unsere ganze Gesellschaft, finanziell und vor allem sozial. Mein Appell wäre ein vernünftiger Austausch der Städte und der Landkreise, denn dort werden die Gelder verteilt. Wir brauchen wieder mehr Respekt und Verständnis für die Arbeit an Schulen. Und ein Bewusstmachen, dass jede Schulform ihre Daseinsberechtigung hat und gefördert werden muss. Nicht den Großen viel geben und den Kleinen wenig, sondern fair verteilen. Die Lindenschule wird von der Stadt Rottenburg weitestgehend ignoriert, weil es eine Landkreisschule ist. Dass aber ca. 100 Schülerinnen und Schüler aus Rottenburg und den Teilorten dort unterrichtet werden, interessiert leider nicht. Nicht mal zum 50-jährigen Jubiläum der Lindenschule fühlte sich die Stadt zu einem Besuch genötigt.

Es bleibt spannend, aber man muss versuchen, positiv zu bleiben, zum Wohle der Schülerinnen und Schüler. Und für alle, die jetzt wieder einen finanziellen Kollaps erwarten, weil man mehr Geld für Schulen und die dazugehörigen Kindern haben möchte, sei auf das Interview von Kim Sophie Bohnen (Schwäbisches Tagblatt 05.01.25) zu verweisen. Sie antwortet ganz richtig darauf, für die Aufrüstung gibt es rasch ein Sondervermögen, warum nicht für Bildung oder andere wichtige Themen im Interesse der Menschen?

Gastbeitrag: Lehrkraft aus dem Landkreis Tübingen

Die unerträgliche, alltägliche Ausgrenzung und Diskriminierung

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Rassismus hat neben der Diskriminierung wegen Merkmalen wie Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit in den letzten hundert Jahren immer deutlicher seinen sozialen Kern gezeigt, aufgrund dessen einzelne Personen einer Gruppe zugeordnet und ausgegrenzt oder verfolgt, gejagt und getötet wurden.

Ausgegrenzte Kinder

So werden Kinder aus sozial benachteiligten Familien systematisch ausgegrenzt. In Deutschland, der drittstärksten Wirtschaftsnation der Welt, wächst jedes fünfte Kind in Armut auf, mehr als 25 % der ärmsten Kinder haben keinen Kita-Platz und werden einer normalen körperlichen und geistigen Entwicklung beraubt – nur wegen ihrer Armut. Obwohl alle Studien zeigen, wie wichtig ihre Förderung gerade in jungen Jahren ist, in denen sie sich unterschiedlich schnell entwickeln und noch keine Aussage über ihre Fähigkeiten gemacht werden kann, werden sie am Ende der 4. Grundschulklasse mit dem Kompass-4-Test für die weiterführende Schule aussortiert. Diese Auslese trifft besonders ärmere Kinder von Alleinerziehenden und von migrantischen Familien, die Eltern können ihnen keine ausreichende Hilfe geben. Jetzt sollen diese Eltern für den Ganztagsunterricht sogar noch Gebühren zahlen, von einem gebührenfreien, warmen und gesunden Mittagessen ist keine Rede mehr!

Frauenverachtung

Nicht anders läuft die Ausgrenzung und Diskriminierung von Frauen trotz allem Gerede von formeller Gleichberechtigung. Meist müssen sie die schlechter bezahlte Arbeit in Pflege, Reinigung, Bedienung machen, häufig als Halbtagsjob, wenn sie die Dreifachbelastung von Beruf, Kinder und Ehemann leisten müssen. Selbst bei gleicher Arbeit verdienen sie 16-18 % weniger und kommen dann im Rentenalter in Altersarmut. Dies ist der soziale Kern für die angebliche Überlegenheit der Männer, ihrer Verachtung der (unbezahlten) Care-Arbeit und der körperlichen Misshandlung bis zur Tötung in vielen Fällen in unserer „zivilisierten“ Gesellschaft.

„Totalverweigerer“

Seit Monaten läuft die Hetze gegen „Totalverweigerer“. 2024

handelte es sich um 23.400 Personen, d.h. 1,3 Prozent (!) aller Bürgergeldempfänger. Für sie, ihre Familie und ihre Kinder kann die neue Grundsicherung auf Null gestrichen und das Recht auf eine geheizte Wohnung genommen werden – dies führt in die Obdachlosigkeit. Ohnehin ist ein Großteil der Empfänger von Grundsicherung „Aufstocker“, denen die Arbeitgeber so geringen Lohn zahlen, dass es nicht für ein auskömmliches Leben reicht – die Steuerzahler können ja die Differenz zahlen (siehe Kreishaushalt)! Aber es reicht den Rechtsextremen, um die Schwachen gegeneinander aufzuheizen und zu diffamieren – Arbeitslose, Obdachlose, Behinderte gegen Migranten usw. Dies offenbart ein erbärmliches Menschenbild: Im Kapitalismus zählt das Grundrecht auf Menschenwürde erst dann, wenn eine Person so viel Leistung erbringt, dass damit genügend Profit für Unternehmen erwirtschaftet werden kann!

Migranten

Auch der neue Asylrecht der EU (GEAS) ist diskriminierend. Es verhindert systematisch die Familienzusammenführung, die für die Integration sowohl der Männer wie der Kinder in eine neue Gesellschaft so wichtig ist. GEAS ermöglicht, dass geflüchtete Kinder in Auffanglager außerhalb der EU gefangen gehalten werden können. Die Ausweisung in so genannte „sichere Herkunftsländer“ wie Syrien und Afghanistan ist Augenwischerei und eine Gefälligkeit für die AfD, denn in diesen Ländern besteht für viele Abgeschobene Lebensgefahr. Vor allem sind es neuerdings auch Länder, in denen sie nie vorher gewesen sind. Dieser soziale Rassismus tötet! Zu dieser ethnischen Diskriminierung gehört auch die Aufweichung des Lieferkettengesetzes, das die Fortsetzung brutaler Kinderarbeit in Bergwerken, ihre Arbeit auf (afrikanischen) Halden des exportierten Mülls aus Europa und die unterirdischen Löhne für Näherinnen in der Textilindustrie wie in Bangladesh gehören. Beides ist Ausbeutung pur und verhindert bei Kindern einen Schulbesuch, der ihnen später ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dies dient nur dazu, die Profite für eine kleine Clique von Superreichen zu erhöhen – in Deutschland besitzen 249 Milliardäre ein Gesamtvermögen von 1,4 Billionen Euro (Linartas, Unverdiente Ungleichheit).



Linker Neujahrsempfang
mit Parteivorsitzender Ines Schwerdtner
und Direktkandidatin Katharina Poppei

Fr, 30.1.26, 19:00, Einlass: 18:30
Aula Uhlandstraße 30, Tübingen

Menschen zuerst!
Deshalb: Die Linke
in den Landtag!

Die Linke
Kreisverband
Tübingen

Wachsender Strombedarf in Deutschland

Welchen Nutzen haben Privathaushalte?

In Rottenburg hat OB Neher in den Haushaltsberatungen verkündet, dass der geplante Bau der Windradanlage noch nicht in trockenen Tüchern ist. Das verwundert nicht, denn überall gibt es von der Bürgerschaft erheblichen Zweifel, welchen Nutzen sie davon hat, wenn auf ihrem Gelände Windräder erbaut werden. Besonders stark ist der Widerstand gegen die Vernutzung des Waldgebietes am Rammert.

BUND, Nabu, Landesnaturschutzverband und viele Anwohner protestieren gegen die Festlegung des beliebten Naherholungsgebietes als Vorranggebiet Tü-01 mit 13 Windrädern auf einer Fläche von 517 Hektar. Zahlreiche Tierarten leben dort, nebenan ist europäisches Vogelschutzgebiet. Zudem ist der gesunde Mischwald wichtig als Wasser- und Kohlenstoffspeicher.

Zwar hat die „Grün“-Schwarze Landesregierung beschlossen, dass jede Kommune zwei Prozent ihrer Fläche für erneuerbare Energien vorhalten muss. Doch macht sich das auch in einem niedrigeren Strompreis bemerkbar, wenn die Kommune oder die Stadtwerke am Gewinn der Anlage beteiligt werden? Wiegt das Plus an erneuerbaren Energien gegenüber den schädlichen CO₂-Emissionen durch Gas, Kohle und Erdöl die zunehmende Flächenversiegelung auf?

Der Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung ist inzwischen auf 27 Prozent gestiegen, dadurch wurden 2025 rund 87 Terawattstunden (TWh) erzeugt. Die Photovoltaik-Anlagen erbrachten rund 18 Prozent des Stroms und überholten damit Braunkohle und Erdgas. Insgesamt erreichten die Erneuerbaren Energien 2025 über 60 Prozent der Stromerzeugung, sicherlich ein Erfolg gegen die umweltzerstörerischen Energien. Trotzdem nahm der Netto-Import von Strom mit rund 22 TWh aus Dänemark und den Niederlanden wieder zu.

Stromverbraucher

Mit 40 Prozent ist die Industrie mit weitem Abstand der größte Stromverbraucher, danach kommen Privathaushalte (28%) und Handel, Gewerbe und Dienstleister mit knapp 27 % und der Verkehr (3,3%, z.B. die Bundesbahn). Doch obwohl ein steigender Verbrauch erwartet wird, will Bundesministerin Wirtschaftsministerin Reiche (CDU) den Erdgasverbrauch wieder verstärkt zulassen und den 8.300 Biogas-Anlagen den Zugang zum Gasnetz verweigern. Ganz zufällig ist ihr 10-Punkte-Plan fast wortgleich mit den Forderungen von Eon und RWE. So plädiert sie (wie die CSU) für die Wiederbelebung der Atomkraft, ohne eine Ahnung zu haben, wohin mit dem strahlenden Atom Müll! Gleichzeitig hält sie die Prognosen für die Erneuerbaren Energien für völlig übertrieben und schraubt in ihrem Plan die bisherige Schätzung von 750 Terawattstunden auf 600-700 herunter – der deutsche Stromverbrauch 2024 lag bei 464 TWh. Soll der Anteil der Erneuerbaren bis 2030 auf 80% steigen, so verringert sich der Bedarf an ihnen durch die Prognose drastisch!

Anstieg: Verbrauch und Preise

Trotz alledem fragt sich, woher bisher 2030 ein Anstieg von 470 TWh auf bis zu 750 TWh kommen soll! Entscheidende Ursache sind die neuen Rechenzentren, deren Verbrauch innerhalb von acht Jahren von 17,9 TWh (2022) auf 30 TWh steigen soll. Schon heute übersteigt er den Gesamtbedarf der Stadt Berlin! Die langfristige Prognose für 2037-2045 geht von 39 bis 88 TWh dafür aus. Die Ungenauigkeiten in der Prognose erklären sich damit, dass die Konzerne von Rechenzentren und Künstlicher Intelligenz (KI) ihren realen Verbrauch als Betriebsgeheimnis behandeln und nicht preisgeben müssen.

USA: Atomkraft-Rausch

Unabhängig von der Genauigkeit der Prognosen wird aber deutlich, warum es bei der Hetze um den Aufbau der Windkraft vor allem um billigen Industriestrom geht. Dies ist verbunden mit der Gefahr, dass Privathaushalte dafür zahlen sollen, wie es in den USA schon der Fall ist. Dort erleben die Rechenzentren mit ihrem hohen Energieverbrauch für die KI einen regelrechten Boom, der Verbrauch lag 2024 bereits bei 183 TWh. Der zusätzliche Bedarf soll durch 60 Atomkraftwerke gedeckt werden, sodass stillgelegte AKWs wie Three Mile Island bereits reaktiviert werden. Es ist berüchtigt dafür, dass kurz nach seiner Inbetriebnahme 1979 in der dicht besiedelten Region Pennsylvania ein Unfall im Reaktorblock 2 eine partielle Kernschmelze auslöste. Jetzt hat Microsoft einen Vertrag abgeschlossen, der dem Konzern für 20 Jahre Strom aus dem reaktivierten AKW-Block 1 sichert. Für die Privathaushalte soll der Strompreis in Ballungszentren wie Nord-Virginia bis 2030 zwischen 8% (regional) und 25 % (lokal) steigen. Im Mai 2025 unterzeichnete Trump ein Dekret, um ein „neues Nuklearzeitalter“ einzuläuten. Bis 2050 sollen 300 Gigawatt zusätzlicher Atomstrom produziert werden. Denn Strom und Technik werden nicht nur für Rechenzentren, sondern auch für die Kriegsführung gebraucht – das wissen Putin und Trump sehr genau. E.P.

Akzeptanz

Aus Gründen der Umweltkatastrophe, die die weltfremde AfD durchweg leugnet, müssen die Erneuerbaren Energien (Solar, Windkraft) ausgebaut werden. Aber nicht für die Konzerninteressen an billigem Industriestrom auch in Rechenzentren, sondern weil die Privatkunden als Entschädigung für Flächenfraß und verminderte Naherholung einen deutlich geringeren Strompreis erhalten. Die Versorgungssicherheit der Privatkunden muss gesetzlich festgeschrieben werden. Erst dann wird die Akzeptanz für die Erneuerbaren wachsen!

Emanuel Peter

Erbschaftssteuer: Märchenstunde von CDU und Arbeitgeberverbänden

Faktencheck ist notwendig

Seit die SPD ihren sehr Vorschlag zur notwendigen Reform der Erbschaftssteuer öffentlich gemacht hat, gibt es ein Trommelfeuer von CDU/CSU und Wirtschaftsverbänden dagegen. Mit Fake-News und nicht belegbaren Behauptungen soll die Bevölkerung in Panik versetzt werden, wenn die 249 Milliardäre in Deutschland mehr Steuern zahlen und sich an Infrastrukturkosten und Sozialausgaben beteiligen müssten.

Mittelberg (CDU) behauptet, dass Erben von Familienbetrieben bei 30 Prozent Steuern bis zu sechs Jahren keine höheren Löhne zahlen könnten. Thorsten Alsleben (Initiative Neue Marktwirtschaft der Arbeitgeber) sieht in höheren Erbschaftssteuern ein „Mittelstands-Zerschlagungs-Konzept“, das 100.000 Arbeitsplätze gefährdet. Der Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU mit seinen 150 Abgeordneten bezeichnet den Vorschlag als einen „Frontalangriff auf die deutschen Familienunternehmen“.

Tatsachen sind: In den letzten 10 Jahren wurden 463 Vermögen über 100 Mio. Euro vererbt und die Hälfte zahlte keinen Cent Erbschaftssteuer (Stuttg. Zeitung 14.1.2026). Laut Wissenschaftlichem Beirat des Finanzministeriums (2012) gab es keine „ernsthafte Gefährdung der Existenz von Unternehmen und Arbeitsplätzen durch die Erbschaftsteuer in der Vergangenheit“. Das ist nicht verwunderlich, denn 86 Prozent aller Betriebsvermögen befinden sich in den Händen von 1,5% Prozent der reichsten Deutschen (Milliardäre und Millionäre). So konnte die BMW-Multimilliardärin Susanne Klatten ihren drei Kindern jeweils eine Firma im Wert von mehr als einer Milliarde Euro schenken.

„Verschonungsbedarfsprüfung“

Klatten ist ein Beispiel dafür, wie 2009-2020 insgesamt 420 Unternehmensvermögen steuerfrei an Familienmitglieder vererbt wurden. Darunter waren 12 Prozent der Erben Kinder unter 14 Jahren, die sicher durch eigene Leistung dieses Erbe verdient haben. Aber laut A. Hoffmann (CSU) wären höhere Steuern auf Erbschaften ja „leistungsfeindlich“.

Die Stiftung Familienunternehmer mit ihren 500 Mitgliedern (d.i. 0,02 Prozent der 2,8 Mio. Familienunternehmen) feiert als ihren größten Erfolg die Einführung der Verschonungsbedarfsprüfung. Friede Springer schenkte 2020 Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender

von Springer, Aktien im Wert von 1 Mrd. Euro, die eigentlich eine Schenkungssteuer von 50 Prozent ausgemacht hätte. Aber Döpfner kaufte kurz davor ein Aktienpaket über 477 Mio. Euro, so dass er am Stichtag die fällige Steuer nicht aus „freien Mitteln“ bezahlen konnte und von der Verschonungsbedarfsprüfung (§ 28a ErbStG) profitierte. Mit seinem Vermögen von 1,3 Milliarden US-Dollar (Forbes) wird er keine Rentenprobleme haben und auch nicht auswandern müssen. CSU-Chef Söder hat eine Erhöhung der Erbschaftssteuer als „Einladung zur Auswanderung“ angegriffen. Das gilt für alle Überreichen in Deutschland: Laut Bundesbank stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg im dritten Quartal 2025 auf 9.389 Milliarden Euro. Preisbereinigt nahm das Geldvermögen um 165 Milliarden Euro zu.



Reichtum bedeutet Macht

Der massive Widerstand gegen die Korrektur der Vermögens- und Erbschaftssteuer zeigt, es geht nicht nur um Reichtum – es geht um politischen Einfluss und um Macht. Die AfD fordert die komplette Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungssteuer, die CDU/CSU erhält die meisten Großspenden einer Partei. Seit mehreren Jahrzehnten ist sie in Regierungen gewesen und hat verhindert, die mehrfach vom Bundesverfassungsgericht geforderte Steuergesetze neu zu regeln. Als Partei der Millionäre verrät sie ihr eigenes Ahlener Programm (1947):

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Emanuel Peter

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Steuerreform: Erstaunliche Erkenntnisse des Sachverständigenrats der Bundesregierung

Bundesregierung verhindert Stärkung der unteren Einkommen und wirtschaftlichen Aufschwung

In den letzten Jahren hatte der Sachverständigenrat (SR) der Berliner Regierung sich mit der Einkommensverteilung in Deutschland beschäftigt. Im neuen Gutachten 2025/2026 liegt der Schwerpunkt erstmals auf der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Denn: „Im europäischen Vergleich ist die relative Vermögensungleichheit in Deutschland hoch.“ (265) Das mittlere Vermögen „erhöhte sich ab Mitte der 2010er Jahre deutlich und nahm zwischen den Jahren 2017 und 2021 um rund 32 Prozent zu.“ (270) Die Vermögensungleichheit in Deutschland und Österreich ist europaweit am stärksten, Österreich hatte seine Erbschafts- und Schenkungssteuer 2008 komplett abgeschafft. Deutschland hatte die Vermögenssteuer 1997 ausgesetzt und zugleich alle amtlichen Daten zur Vermögensverteilung, so dass sich der SR auf viele Untersuchungen und Daten des Statistischen Bundesamts stützen muss. Betrug die Vermögenssteuer in den 1950er und 1960 Jahren rund 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), so verringerte sich dieser Anteil kontinuierlich und betrug in den 1990er Jahren nur noch 0,2% am BIP, da die Grundvermögen („Einheitswerte“) seit 1964 nicht mehr erneuert wurden: „Diese ausgebliebene Wertanpassung erklärte das BVerfG im Jahr 1995 ebenso wie bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer für verfassungswidrig.“ (304) Die Regierungen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ignorierten dieses Urteil jedoch.

Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 hatte dagegen am Anfang einen Anteil von 1,4 % am BIP und trug damit einen erheblichen Anteil am „Wirtschaftswunder“.

Hohe Immobilienvermögen

Interessant ist, dass in Deutschland die Superreichen viel Vermögen in Immobilien angelegt haben: Rund 50% der Immobilienvermögen entfallen auf zehn Prozent der vermögensstärksten Haushalte.“ (277) Das erklärt vieles am Mietwucher und dem heftigen Widerstand der Wohnungsspekulanten gegen kommunal kontrollierte Wohn-

baukonzerne und gegen Mietpreisgrenzen.

Der SR fordert „einen grundlegenden Neustart des Vermögensaufbaus“. Denn es gibt einen starken „direkten Vermögenstransfer durch Erbschaften und Schenkungen“ innerhalb des kleinen Kreises der Familiendynastien:

„Für Deutschland wird der Anteil des Vermögens, der auf Erbschaften und Schenkungen zurückgeht, auf 30% bis 50% geschätzt.“ (265) Während das oberste 1 Prozent der Haushalte einen großen Anteil seiner Vermögen als Betriebsvermögen hält, haben die Haushalte am unteren Ende dazu überhaupt keine Möglichkeit, „da sie nur einen kleineren Anteil ihres Einkommens sparen und Ersparnisse geringere Renditen aufweisen“. Dies wird verstärkt durch eine „ungleichmäßige Besteuerung verschiedener Vermögensarten“, da Betriebsvermögen umfassend steuerlich begünstigt werden (266). Doch trotz der Aufforderung des Bundesfassungsgerichts in mehreren Urteilen „in den vergangenen Jahrzehnten“, etwa zu „Begünstigungen für Übertragungen von Betriebsvermögen unter 26 Mio. Euro“ und dem „nachträglichen Steuererlass“ durch die „Verschonungsbedarfsprüfung“ – deren Abschaffung der SR fordert – hat sich nichts getan (267)! Viele fragen sich, warum es überhaupt einen hochbezahlten Sachverständigenrat gibt, wenn sich die Regierung nicht an dessen Empfehlungen hält.

Wir brauchen eine grundlegende Steuerreform mit einer progressiven Vermögens- und Erbschaftssteuer und nicht nur die Beseitigung von Schlupflöchern und Tricks zur „Steuer-Umgehung“, sprich: Steuerbetrug! Die ATTAC-Kampagne „Tax the rich“ (Besteuert die Reichen) und die Linke haben schon einiges in Gang gesetzt!

Unsere Artikel sind sauber recherchiert! Wer die Quellen haben möchte, auf die wir uns beziehen, kann uns eine E-Mail zusenden und erhält das Quellenverzeichnis.

Termine:

Samstag 24.01.2026 ab 15:00 Uhr ZOB Tübingen ->

Demo gegen die geplanten Sozialkürzungen

Dienstag 03.02.2026 ab 19 Uhr AWO-Heim Rottenburg->

Direktkandidatin der Linken, Katharina Poppei, für den Wahlkreis Tübingen im Gespräch

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel: 07472-42096, E-Mail: emanuelpeter@gmx.de

Jannik Renz

Feuergäßle 3, 72108 Rottenburg

E-Mail: haenkoslav@riseup.net

V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (PE), 72108 Rottenburg

